

## Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.09.2019  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:10 Uhr  
**Ort, Raum:** Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

##### CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Matthias Görgen	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Maria Bänsch	CDU

##### SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD

Sebastian Palz SPD  
Silvia Prinz SPD  
Manfred Klein SPD  
Nikolaus Lorenz SPD  
Martina Holzner SPD  
Giuseppe D`Auria SPD  
Arndt Oehm SPD

bis 18:20 Uhr Top 15

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Heinz Temmes Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Johannes Weiten Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Klaus Borger Bündnis '90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier DIE LINKE

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn AfD  
Dieter Leistenschneider AfD

FWM-Fraktion

Hermann Schuh FREIE WÄHLER Merzig  
Bernhard Morbe FREIE WÄHLER Merzig

fraktionslos

Karsten Thomaser FDP

Verwaltung

Thomas Klein  
Lisa Klein  
Daniel Barth  
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter  
Ute Süßmilch  
Werner Gasper  
Hermann Friedrich  
Arno Jung  
Christian Bies  
Johannes Weber

**Abwesend**

CDU-Fraktion  
Dr. Manfred Kost

CDU

entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion  
Frank Hackenberger

DIE LINKE

entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

	Eröffnung der Sitzung	
1	Bürgerfragestunde	
2	Anpassung Ergebnisabführungsvertrag zwischen Stadtwerke Merzig GmbH und Netzwerke Merzig GmbH	2019/195
3	Elternbeiträge Merziger Kindertageseinrichtungen Kindergartenjahr 2019/20	2019/158
4	Merziger Familienpass – Anpassung des Leistungskataloges	2019/189
5	Kommunale Fachberatung für Kindertageseinrichtungen hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Landkreis Merzig-Wadern	2019/191
6	Gründung des Vereins "Saarland-Bibliotheken e.V."/ Satzungsbeschluss	2019/180
7	Lärmaktionsplanung 3. Runde	2019/126
8	Bewerbung der Kreisstadt Merzig zum "5G Innovationswettbewerb im Rahmen der 5x5G-Strategie"	2019/205
9	Verlängerungsoptionen der Entsorgungsverträge	2019/133
10	Verlagerung von Wirtschaftsplanmitteln zugunsten der FWE-Maßnahme Fitten/Ballern/Hilbringen 2.BA	2019/138
11	Abschluss eines Durchführungsvertrages ("Sehläcker" im Stadtteil Besseringen)	2019/048-001
12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Sehläcker" im Stadtteil Besseringen; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	2019/144

13	1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Industriegebiet 15A" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	2019/145
14	2. Teiländerung des Bebauungsplanes "Kreimertsberg/Saum" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Besseringen; Einleitung des Verfahrens	2019/149
15	kommunaler Klimaschutz / Aufforstung zur CO-2 Kompensation	2019/176
16	Kommunaler Klimaschutz / Klimaschutzmanager/in	2019/177
17	Resolution zum Thema "Klimanotstand"; Antrag der Grünen-Fraktion vom 28.08.2019	2019/196
18	Festsetzung eines Verkaufspreises für Baugrundstücke	2019/173
19	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

#### **Nichtöffentlicher Teil**

20	Grundstücksangelegenheiten	
20.1	Neuvermessung und Verkauf eines städt. Grundstückes im Stadtteil Merzig	2019/140
20.2	Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Abwasseranlage im Stadtteil Mechern	2019/141
20.3	Abschluss einer Vereinbarung und Eintragung einer Grunddienstbarkeit	2019/150
20.4	Ankauf eines Grundstückes im Rahmen der Fremdwasserentflechtung Fitten/Hilbringen/Ballern	2019/151
20.5	Erwerb oder Tausch von Grundstücken im Rahmen der Fremdwasserentflechtung Fitten/Hilbringen/Ballern	2019/151-001
20.6	Erwerb eines Grundstückes im Stadtteil Hilbringen	2019/162

20.7 Erwerb von Grundstücken zum Bau eines Regenrückhaltebeckens

2019/170

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der TOP 19.8 versehentlich als nicht öffentlich gekennzeichnet worden sei. Da weder das öffentliche Wohl noch berechnigte Interessen Einzelner einer öffentlichen Beratung entgegenstünden, bitte er den Rat um Zustimmung, dass der Punkt gemäß § 40 Abs. 1 KSVG in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen werde. Der Rat ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung die Geschäftsordnung des Stadtrates geändert und festgelegt worden sei, dass ein Stadtratsmitglied nicht mehr als zwei Mal zu demselben Beratungsgegenstand sprechen könne. Die Redezeit betrage beim ersten Wortbeitrag zu einem Tagesordnungspunkt max. fünf Minuten und beim zweiten Wortbeitrag max. zwei Minuten. Zur Orientierung habe die Verwaltung auf beiden Rednerpulten jeweils eine Uhr aufgestellt, die dem Redner die noch verbleibende Redezeit anzeige.

---

### 1 Bürgerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Aus den Reihen der Zuhörer melden sich der Mondorfer Ortsvorsteher Carsten Weber und der ehemalige Mondorfer Ortsvorsteher Hermann Schmitz zu Wort.

Ortsvorsteher Weber erklärt, dass auf der städtischen Internetseite mit dem Slogan „Eine Stadt – 17 Stadtteile“ geworben werde. Unter Mondorf sei zu lesen, dass der Ort über ein reges Gemeinschafts- und Vereinsleben verfüge. Dieses werde durch die Schließung des Bürgerhauses in Zukunft stark eingeschränkt sein. Die jährlich stattfindende Benefizveranstaltung, die im Laufe der letzten 27 Jahre die stolze Summe von über 130.000 € eingebracht habe, stehe vor dem Aus. Als vor genau 25 Jahren sein Amtsvorgänger Hermann Schmitz mit vielen Mitstreitern und hohem bürgerschaftlichem Engagement und Eigenleistung die ehemalige Schule zum Bürgerhaus umgebaut habe, habe dies die Dorfgemeinschaft nachhaltig gestärkt. Auch in der aktuellen Situation hätten sich zahlreiche Bürger/innen bereiterklärt, durch Eigenleistung tatkräftig mitzuhelfen, dass das Bürgerhaus wieder genutzt werden könne. Für die schnelle, kurzfristige Lösung für die weitere Nutzung des Kellerbereichs als Jugendzentrum danke er allen Beteiligten. Zu möglichen Fördermitteln über das Umweltministerium sei bereits informiert worden. Fördermöglichkeiten von bis zu 85 Prozent für die nachhaltige Förderung von Dorfgemeinschaftshäusern und Dorfgemeinschaften stünden bereit. Aus eigener Recherche habe er erfahren, dass es auch möglich sei, Eigenleistungen in diese Projekte mit einzubringen und Fördermittel von bis zu 90 Prozent zu erhalten. Dieser Weg über Fördermittel würde den städtischen Haushalt nur in geringem Maße oder gar nicht belasten. Deswegen fordere er hiermit die Verwaltung auf, in Zusammenarbeit mit Orts- und Stadtrat die tatsächlichen Baukosten zu ermitteln und schnellstmöglich Förderanträge zu stellen, um das Bürgerhaus wieder in Betrieb nehmen zu können. Für die Mitarbeit an diesem Projekt stehe er allen Beteiligten jederzeit zur Verfügung.

Hermann Schmitz verliest als Vorsitzender ein Schreiben der Bürgerinitiative Mondorf „Unser Bürgerhaus muss bleiben“, adressiert an den Bürgermeister: „Mitte Juli 2019 wurde Ortsvorsteher Carsten Weber von der Stadtverwaltung Merzig mitgeteilt, dass die Verkehrs- und Betriebssicherheit im Mondorfer Bürgerhaus nicht gewährleistet sei. Das Bürgerhaus dürfe nicht weiter genutzt werden. Bereits im Gutachten der DEKRA vom August 2017 seien gravierende Mängel festgestellt worden. Allerdings wurden in der Folgezeit bis Juli 2019 alle Veranstaltungen ohne Einschränkungen und ohne Hinweise auf mangelhafte Verkehrssicherheit durchgeführt. Die urplötzliche Schließungsentscheidung war deshalb für mich und für alle Mondorfer Bürgerinnen und Bürger vollkommen unverständlich, zumal das Bürgerhaus, abgesehen von der Hausmeisterwohnung, in einem viel besseren Zustand ist als im Jahr 1994 bei der Einweihung. Deshalb hatten der Ortsvorsteher Carsten Weber und ich beschlossen, eine Bürgerinitiative „Unser Bürgerhaus muss bleiben“ zu gründen. Die Gründungsversammlung fand am 12. August 2019 im Gasthaus Calmes statt. Über 200 Mondorfer Bürgerinnen und Bürger nahmen an dieser Veranstaltung teil und bekundeten mit ihrer Unterschrift die Forderung, unser Bürgerhaus zu erhalten. Insgesamt trugen sich bis heute 343 Personen in die Listen ein. Hinzu kommen 309 Unterschriften der Unterschriftenaktion des Jugendzentrums Mondorf.“

Anlass, das Bürgerhaus Mondorf plötzlich ohne Vorankündigung zu schließen, sei die angeblich nicht den Vorschriften entsprechende Elektroinstallation gewesen. Bei Veranstaltungen mit Publikumsverkehr sei ein ausreichender Personenschutz nicht gewährleistet. Zwei Mondorfer Elektriker hätten sich bereit erklärt, Arbeiten in Eigenleistung durchzuführen. Alle übrigen Maßnahmen würden nicht akut die Verkehrssicherheit des Gebäudes betreffen. Die Bürgerinitiative fordere, dass – sobald die Elektroinstallation auf den heutigen Stand gebracht sei – das Bürgerhaus wieder geöffnet werde. Wie Hermann Schmitz betont, könnten Bürgerhäuser in kleinen Stadtteilen kaum kostenneutral bewirtschaftet werden. Sie seien aber wichtig für die Erhaltung der Dorfgemeinschaft und des Vereinslebens. Am kommenden Montag würden Ortsvorsteher Weber und er mit Vertretern der Verwaltung, darunter dem Bürgermeister, vor Ort die weiteren Maßnahmen besprechen. Er hoffe, dass man zu einem positiven Ergebnis komme.

Hermann Schmitz überreicht Bürgermeister Hoffeld die Listen mit den insgesamt 652 Unterschriften.

---

**2 Anpassung Ergebnisabführungsvertrag zwischen Stadtwerke Merzig GmbH und Netzwerke Merzig GmbH 2019/195**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Ergebnisabführungsvertrag zwischen Stadtwerke Merzig GmbH und Netzwerke Merzig GmbH wird angepasst.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**3 Elternbeiträge Merziger Kindertageseinrichtungen Kindergartenjahr 2019/20 2019/158**  
ungeändert beschlossen



Der Bürgermeister kündigt an, dass die Elternbeiträge unverändert bleiben sollen. Nach der derzeitigen Kalkulation liege der durchschnittliche Deckungsgrad der Merziger Kindertageseinrichtungen bei 20,99 Prozent der Personalkosten und somit unterhalb des in der Ausführungsverordnung vorgegebenen Höchstwerts, so dass keine Anpassung notwendig sei. Ziel sei ebenfalls, dass zukünftig von den Kommunen des Landkreises Merzig-Wadern einheitliche Beiträge für das Gemeindegebiet festgesetzt werden.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt an, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Die Kreisstadt Merzig sei in vielen Bereichen schon immer Vorreiterin gewesen. Beispielhaft verweist CDU-Fraktionssprecher Auweiler auf den Familienpass und in diesem Zusammenhang auf die Geschwisterermäßigung bis zum 18. Lebensjahr für Familien mit mehreren Kindern. In anderen Städten sei dies nicht der Fall gewesen. Die CDU begrüße das auf Bundesebene verabschiedete Gesetz, in dessen Rahmen man mit Blick auf die Geschwisterregelung sogar einen Schritt weitergegangen sei. Berücksichtigt würden Geschwisterkinder, die kindergeldberechtigt seien, somit bis maximal zum 25. Lebensjahr.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler führt weiter aus, dass man bei den Elternbeiträgen eine Synchronisierung auf Kreisebene benötige. Seine Fraktion begrüße es, dass die Beiträge in Zukunft deutlich gesenkt würden. Insgesamt sollen 12,5 Prozent der Personalkosten als Ziel erreicht werden. Mit Unterstützung von Bund und Land sei es möglich, die Familien zu entlasten. Darüber hinaus sei es wichtig, dass Qualität in den Merziger Kindertageseinrichtungen vorherrsche. Auch diesbezüglich habe sich in den vergangenen Jahren viel Positives entwickelt.

Ratsmitglied Holzner (SPD) betont die Bedeutung des seit 1.8.2019 geltenden „Gute Kita“-Gesetzes. Es sei das erste Mal, dass der Merziger Rat zum 1.8. keine Beitragserhöhung beschließen müsse. Es sei positiv, dass die derzeitigen 21 Prozent in diesem Jahr stabil gehalten werden könnten und die Eltern keine Erhöhung erwarten. Die für die Geschwisterkinder geltende Ermäßigung von 25 Prozent gelte nicht mehr nur bis zum 18. Lebensjahr, sondern für alle kindergeldberechtigten Kinder – auch wenn sie keine Kita mehr besuchten. Das fünfte Kind sei sogar beitragsfrei. Aber auch für die Erzieherinnen, die eine gute und wichtige Arbeit leisten würden, sei etwas getan worden. Die Erzieherinnen würden entlastet, die Leiterinnen-Stunden würden von sechs auf sieben erhöht. In Merzig habe am BBZ am 1.8.2019 eine neue Erzieherinnenschule eröffnet, was ebenfalls sehr positiv sei.

Im Hinblick auf TOP 4 erklärt Ratsmitglied Holzner (SPD), dass die Ermäßigung für die Geschwisterkinder im Familienpass nicht mehr benötigt werde, da diese nunmehr gesetzlich geregelt sei. Von daher werde die SPD-Fraktion natürlich zustimmen und freue sich über die Verbesserung für Familien.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass seine Fraktion die beabsichtigte Reduzierung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen begrüße. Wer im Bereich Bildung, Gesundheit und Daseinsvorsorge rein marktwirtschaftliche Kriterien anlege, habe nicht verstanden, was für unsere Zukunft wichtig sei. Auch wenn die Grünen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Vergangenheit mit einer entsprechenden Resolution an die Landesregierung gescheitert seien, hätten sich neben den Grünen auch weitere an die Landesregierung gewandt, um eine Verbesserung der Situation zu erwirken. Dass nun die Reduzierung eingeleitet werde, begrüße seine Fraktion deshalb außerordentlich. Die Grüne-Fraktion stimme der beabsichtigten Senkung der Elternbeiträge auf 12,5 Prozent im August 2022 zu.

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2019/20 unverändert nach den für das Jahr 2018 festgelegten Sätzen festzusetzen. Eine Änderung der Gebührensatzung zur Satzung ist dadurch nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

- 
- 4 Merziger Familienpass – Anpassung des Leistungskataloges** **2019/189**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt ab dem Kindergartenjahr 2019/20 die Geschwisterermäßigung für Elternbeiträge beim Besuch Merziger Kindertageseinrichtungen aus dem Leistungskatalog des Merziger Familienpasses zu streichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

- 
- 5 Kommunale Fachberatung für Kindertageseinrichtungen** **2019/191**  
ungeändert beschlossen  
**hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Landkreis Merzig-Wadern**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der der Vorlage als Anlage beigefügten Fachberatungsvereinbarung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

- 
- 6 Gründung des Vereins "Saarland-Bibliotheken e.V."/ Satzungsbeschluss** **2019/180**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) nimmt Bezug auf die §§ 10 und 11 des Satzungsentwurfs. Dort sei unter anderem geregelt, dass – wenn eine erste Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig sei - eine zweite Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder entscheide. Die Mitglieder würden über die Auflösung des Vereins mit einer Mehrheit von drei Viertel entscheiden. Seines Erachtens sollte eingefügt werden, dass die Mitgliederanzahl mindestens drei betragen müsse, da ansonsten eine Person in der Lage sei, den Verein zu schließen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Beitritt der Kreisstadt Merzig zum Verein „Saarland-Bibliotheken e.V.“ zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**7 Lärmaktionsplanung 3. Runde**

**2019/126**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) verweist auf drei Lagepläne, die nahezu identisch seien, obwohl seit Ende 2017 in Schwemlingen eine neue Lärmschutzwand stehe. So wundere er sich darüber, dass der Lärm im Bereich Ballern nicht zugenommen und im Bereich Schwemlingen nicht abgenommen habe. Er bittet um Auskunft, von welchem Datum die Lärmschutzkartierung sei, und was vorgesehen sei, wenn 2019 eine neue Messung durchgeführt werde.

Fachbereichsleiter Bies weist darauf hin, dass Messungen gemäß den Richtlinien nicht relevant seien. Lärmberechnungen würden nur anhand der Verkehrszahlen durchgeführt. Messungen seien in diesem Fall nicht zulässig.

**Beschluss:**

Dem der Vorlage als Anlage beigefügten Abwägungsvorschlag zu den im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen wird zugestimmt und der Lärmaktionsplan (3. Runde) in der vorgelegten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**8 Bewerbung der Kreisstadt Merzig zum "5G Innovationswettbewerb im Rahmen der 5x5G-Strategie"**

**2019/205**  
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erläutert, dass es um einen Antrag gehe, den die Stadtverwaltung gemeinsam mit der HTW Saar einreichen wolle. Es gehe darum, Projektregion für 5G in der Kreisstadt Merzig, aber auch im Landkreis Merzig-Wadern zu werden. Es wäre eine tolle Sa-

che, ausgewählt zu werden, auch wegen des Testfelds für automatisiertes Fahren, das zwischenzeitlich von mehreren Partnern, mit denen die Verwaltung in Kontakt stehe, genutzt werden solle. Er hoffe, dass auch der Stadtrat diesem innovativen Projekt offen gegenüber stehe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger weist darauf hin, dass die Antragsfrist am 17.09.2019 abgelaufen sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung den Antrag fristgerecht, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates, eingereicht habe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger teilt mit, dass er sich eine diesbezügliche Information in der Sitzungsvorlage gewünscht hätte.

### **Beschluss:**

Die Bewerbung zum „5G Innovationswettbewerb im Rahmen der 5x5G-Strategie“ wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

## **9 Verlängerungsoptionen der Entsorgungsverträge**

**2019/133**

ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) bedauert, dass die Verträge verlängert werden. Er fragt, wie viele Bewerber 2017 und ob ortsansässige Unternehmer an der Ausschreibung beteiligt gewesen seien. Fachbereichsleiter Gasper antwortet, dass diese Frage im Werksausschuss gestellt und beantwortet worden sei. Die Antwort sei auch in der Niederschrift über die Werksausschusssitzung nachzulesen.

Mit Blick auf den Hinweis in der Vorlage, dass das Unternehmen pflichtgemäß und zuverlässig seinen Auftrag ausgeführt habe, erklärt Ratsmitglied Temmes (Grüne), dass er mehrfach feststelle, dass sowohl die Grüne als auch die Graue Tonne am Tag nach der vorgesehenen Leerung noch nicht geleert sei. Vor diesem Hintergrund liege die Vermutung nahe, dass die Firma nicht in der Lage sei, ordnungsgemäß an einem Tag alle Leerungen durchzuführen. Ratsmitglied Temmes (Grüne) fragt, warum nicht mit Blick auf ortsansässige Firmen im Kreis ausgeschrieben werde. Auf Nachfrage antwortet Fachbereitsleiter Gasper, dass in dem neuen – ebenso wie in dem alten Vertrag- eine Preisgleitklausel enthalten sein werde. Dies sei bei allen Verträgen, die über einen längeren Zeitraum liefen, üblich.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) bezweifelt, dass diese Preisgleitklausel eine Neuausschreibung nicht erforderlich mache.

Bürgermeister Hoffeld gibt zu bedenken, dass diese Fragen im Ausschuss gestellt und diskutiert worden seien und der Ausschuss dem Empfehlungsbeschluss einstimmig zugestimmt habe.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) weist darauf hin, dass solche von Ratsmitglied Temmes (Grüne) gestellten Fragen in Ausschüssen vorberaten würden. Die Beratung sei sehr intensiv

gewesen. Der Ausschuss habe sich durchaus die Frage gestellt, ob es nicht Sinn mache, neu auszuschreiben. Die Mitglieder, die bereits längere Zeit dem Rat angehört, wüssten, dass die letzte Ausschreibung mit darauf gefusst habe, dass es einen Bewerber aus der näheren Umgebung gegeben habe, der die Stadt mit sehr viel Erfahrung davon überzeugt habe, die Abfallentsorgung als Kommune selbst als Aufgabe zu betreiben. Am Ende habe genau dieser Bewerber kein Angebot abgegeben. Auch wenn das jetzige System nicht immer fehlerfrei verlaufe, sei es über den gesamten Zeitraum betrachtet als erfolgreich anzusehen. Die Frage, die sich stelle, sei, ob die Stadt es sich zum jetzigen Zeitpunkt in dem Wissen, dass die Preise allerorts explodieren würden, leisten könne, auszuschreiben. Es sei – wie die Verwaltung richtig ausgeführt habe – davon auszugehen, dass eine Ausschreibung zu einem deutlich höheren Preis führe. Insofern sei die Verwaltungsvorlage schlüssig. Aus diesem Grunde habe sich auch der Ausschuss nach eingehender Beratung einstimmig für diesen Beschlussvorschlag entschieden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass er aufgrund der Wortbeiträge den Eindruck gewonnen habe, dass im Falle einer Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss ein Thema im Stadtrat lediglich durchgewunken werde. Dies könne so nicht sein, da nicht alle Ratsmitglieder an den jeweiligen Ausschusssitzungen teilnehmen würden. Es sei üblicherweise so, dass die Fraktionen im Anschluss an Ausschusssitzungen nochmals über Themen diskutierten und neue Sachverhalte Grund genug seien, um in einer Stadtratssitzung diskutiert zu werden. Der Stadtrat sei nicht dafür da, Themen im „Schweinsgalopp“ und ohne Diskussion zu behandeln. Aus diesem Grunde danke er Manfred Klein (CDU), dass er bei seinem Redebeitrag nochmals ins Detail gegangen sei.

Stadtverordneter Klose (SPD) erläutert als Mitglied des Werksausschusses mit Blick auf die Niederschrift über die letzte Sitzung des Werksausschusses, in der das Thema vorberaten worden sei, dass das Thema umfassend durchleuchtet und die gestellten Fragen beantwortet worden seien. Vor diesem Hintergrund hätten die heute gestellten Fragen nicht mehr im Stadtrat gestellt werden müssen. Sofern neu ausgeschrieben würde, müsste europaweit ausgeschrieben werden. Diese europaweite Ausschreibung hätte ein enormes Ausmaß im Hinblick auf die Kräftebindung innerhalb der Verwaltung und würde auch entsprechende Kosten verursachen. Vor dem Hintergrund des Hinweises von Manfred Klein (CDU), dass in der heutigen Zeit Leistungen allgemein teurer statt billiger würden, sei mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass auch diese Ausschreibung zu höheren Preisen führen würde.

CDU-Fraktionsvorsitzender Auweiler erklärt, dass es seinem Selbstverständnis entspreche, sich innerhalb einer Fraktion zu Themen und Informationen, die in Ausschüssen gegeben werden, auszutauschen, um zu vermeiden, dass Fragen aus den Ausschüssen im Stadtrat erneut gestellt werden.

### **Beschluss:**

Die Dienstleistungsverträge des Holsystems und zum Betrieb des Wertstoffzentrums werden um jeweils 2 Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	1

**Beschluss:**

Der Verlagerung von Wirtschaftsplanmitteln in Höhe von T€ 120 zugunsten der FWE-Maßnahme Fitten/Ballern/Hilbringen 2.BA (SK 071280) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**11 Abschluss eines Durchführungsvertrages ("Sehläcker" im Stadtteil Besseringen)** **2019/048-001**  
ungeändert beschlossen

Stadtverordneter Ripplinger (CDU), zugleich Ortsvorsteher des Stadtteils Besseringen, erklärt, dass die CDU-Fraktion die Teilerschließung des Baugebiets „Sehläcker“ begrüße. Der Ortsrat habe mit Blick auf diesen TOP sowie TOP 12 einstimmig zugestimmt. Das Thema beschäftige Orts- und Stadtrat bereits seit Jahrzehnten. Nach dem Bau des Ärztehauses mit den werblichen Einheiten hinter dem Pfarrjugendheim sei es der logische Folgeschritt, dass an dieser Stelle zehn Wohneinheiten neu erschlossen würden. Er hoffe, dass dadurch etwas Schwung hineinkomme, um das restliche Neubaugebiet zu erschließen. Es gebe einige Eigentümer, die seit Jahrzehnten nicht verkaufen wollten. Vielleicht würden diese erkennen, dass sich dort etwas Positives entwickle, so dass irgendwann das komplette Baugebiet „Sehläcker“ erschlossen werden könne.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) ergänzt, dass auf der Anlage 1 skizziert sei, wo der künftige Weg verlaufen solle. Die linke Seite des Weges sei draußen in der Örtlichkeit eine Mauer entlang der Kirchenparzelle. Das heiße, diese Mauer müsse für die Wegeparzelle bzw. Wegeherstellung beseitigt werden. Im großen Plan sei eine orangene Fläche enthalten, die später eine öffentliche Verkehrsfläche darstelle. Diese öffentliche Verkehrsfläche gehe mit 5,25 m vor der Hausparzelle durch. Ratsmitglied Temmes (Grüne) stellt die Frage, ob zu dieser öffentlichen Parzelle, die den kompletten Weg beinhalte, auch ein Gehweg dazugehöre.

Fachbereichsleiter Bies erklärt, dass die Anlage 1 eine rein schematische und keine maßstäbliche Karte darstelle. Von daher sei die gestrichelte Linie nicht im Detail identisch mit der Örtlichkeit.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) erklärt, dass es sich vorliegend um ein Planungsvorhaben externer Grundstückseigentümer handele, das die Gremien schon über einen längeren Zeitraum beschäftige. Sehr erwähnenswert halte er dabei die positive Begleitung dieses Projektes durch die zuständige Bauabteilung der Stadt. Dafür wolle er sich ganz herzlich bedanken. Der Ortsrat habe das Vorhaben in der Vergangenheit positiv bewertet. Nunmehr sei man endlich zur Realisierungsreife gekommen. Es habe sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit der Verwaltung mit externen Privaten zu sehr positiven Ergebnissen führe, bei der im Endeffekt jeder gewinne.

**Beschluss:**

Die Zustimmung zum Abschluss des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sehläcker“ im Stadtteil Besseringen wird erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Sehläcker" im Stadtteil Besseringen; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB** **2019/144**  
ungeändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger stellt die Frage, ob ausgeschlossen sei, dass Befangenheit bei einem Ratsmitglied vorliege.

Bürgermeister Hoffeld fragt in die Runde, ob ein Ratsmitglied befangen sei. Es ergeben sich keine Rückmeldungen von Seiten der Stadtratsmitglieder. Der Vorsitzende erklärt, dass verwaltungsseitig keine Kenntnisse im Hinblick auf die Befangenheit eines Ratsmitgliedes vorliegen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt

- a. dem, als Grundlage für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan zugehörigen Durchführungsvertrag und
- b. dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) sowie der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen zu und
- c. beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sehläcker“ im Stadtteil Besseringen als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB.
- d.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

---

**13 1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Industriegebiet 15A" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB** **2019/145**  
ungeändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger nimmt Bezug auf die bereits in der Vergangenheit geschilderte Haltung seiner Fraktion zur geplanten Entwicklung dieses Gewerbegebiets. Demnach sehe die Grünen-Fraktion es äußerst kritisch, dass Dinge geplant würden, die Aktivitäten sehr stark aus der Innenstadt heraus verlagern. Dies betreffe den damaligen Beschluss mit „Subway“ und dass der Spielsucht nachgegangen werden könne, indem dort eine Spielhalle entstehen solle. Neben der Eventhalle solle nunmehr noch eine Erlebnisgastronomie entstehen. Seine Fraktion stehe mit dieser kritischen Einschätzung nicht allein. Die Landesplanung habe genau die gleiche Argumentation in ihrer Stellungnahme vorgebracht. Diese Entwick-

lung entspreche nicht den Vorgaben einer modernen Entwicklung dieses Gewerbegebietes. Dort sehe seine Fraktion ganz andere Potentiale. Dieser Standort sei viel interessanter, um Gewerbe anzusiedeln, ansatt Event, Fastfood und Glücksspiele. Deswegen halte es die Grünen-Fraktion durch die beabsichtigte Teiländerung des Bebauungsplans für sehr dramatisch, die Innenstadt weiter zu schwächen und schließe sich den sehr deutlichen Bedenken der Landesplanung an.

Der Bürgermeister stellt klar, dass nicht geplant sei, dort eine größere Gastronomie anzusiedeln. Wie der Vorlage zu entnehmen sei, sei lediglich eine Örtlichkeit, an der Feierlichkeiten stattfinden können, geplant. Ferner solle in diesem Bereich auch kein „Subway“ oder Glücksspiel angesiedelt werden.

Fachbereichsleiter Bies erinnert an einen Beschluss des Stadtrates zur Ausweisung von Gebieten, in denen Glücksspiel erlaubt sei. Es dürfe in der Bauleitplanung keine Verhinderungsplanung stattfinden; d.h. die Stadt sei verpflichtet, Gebiete zu definieren, wo eine solche Nutzung erfolgen dürfe. Dies habe der Stadtrat getan, seiner Auffassung nach auch mit Maß. Die Alternative dazu sei, dass Glücksspiel überall zulässig sei. Die Verwaltung habe insbesondere die Innenstadt sowie die Bereiche, die von Jugendlichen besonders frequentiert würden (z.B. in der Nähe von Schulen), frei von Glücksspieleinrichtungen lassen wollen. Der Gesetzgeber gebe jedoch vor, dass Glücksspiel an gewissen Stellen möglich sein müsse. Er persönlich halte eine solche Nutzung in einem Gewerbe- oder Industriegebiet durchaus für sinnvoll, wobei der Tagesordnungspunkt 13 mit diesem Thema gar nichts zu tun habe.

CDU-Fraktionsvorsitzender Auweiler erklärt, dass seine Fraktion an ihrer bisherigen Haltung festhalte. Sie stehe für die Förderung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Das Gebäude habe längere Zeit leer gestanden. Es habe sich nunmehr ein Unternehmer gefunden, der in Merzig bekannt sei, der dort investiere und eine Nutzung anbiete, die nach Auffassung seiner Fraktion nicht deckungsgleich mit Angeboten der Innenstadt sei. Es entstehe ein zusätzliches Angebot, welches noch nicht auf dem Markt gewesen sei. Es habe auch keine Anregungen der Behörden oder der Öffentlichkeit im laufenden Verfahren gegeben. Es entstehe keine Eventhalle mit einem Spielcasino oder ähnlichem, sondern ein zusätzliches Angebot. CDU-Fraktionssprecher Auweiler merkt an, dass es sich beim Industriegebiet 15A um kein klassisches Gewerbegebiet handele. Im Ergebnis unterstütze seine Fraktion die Verwaltungsvorlage.

Stadtverordneter Temmes (Grüne) erklärt, dass der im Zusammenhang mit der Vorlage abgebildete Planspiegel überaltert sei, während der Stempel Juli 2019 datiere. Dies habe er bereits in der Bauausschusssitzung beanstandet. Wenn 2019 ein Plan herausgegeben werde, sollte dementsprechend auch der Planspiegel auf das heutige Datum angepasst werden.

Stadtratsmitglied Spanier (LINKE) merkt in Bezug auf die Ausführungen von Grünen-Fraktionssprecher Borger, wonach man Nutzungen nicht aus der Innenstadt heraus verlagern sollte, an, dass sie es gerade bei einer solchen Nutzung in Form einer Eventhalle als sinnvoll erachte, diese nicht in der Innenstadt anzubieten, da dabei auch mit einer erheblichen Lärmbelastung zu rechnen sei, beispielsweise im Falle einer Hochzeitsfeier. Sie habe daher keine Bedenken, dieses Vorhaben im Industriegebiet 15A anzusiedeln, sofern die sonstigen Bestimmungen eingehalten werden.

### **Beschluss:**

1. Der Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß der Beschlussvorlage zugestimmt und



2. die 1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Industriegebiet 15A", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen, die Personen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, sind von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	4	0

**14 2. Teiländerung des Bebauungsplanes "Kreimertsberg/Saum" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Besseringen; Einleitung des Verfahrens**

**2019/149**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 BauGB (vereinfachtes Verfahren) wird die Einleitung eines Verfahrens zur 2. Teiländerung des Bebauungsplanes „Kreimertsberg/Saum“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Besseringen beschlossen. Der vorgelegte Entwurf wird gebilligt sowie der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

**15 kommunaler Klimaschutz / Aufforstung zur CO-2 Kompensation**

**2019/176**  
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass städtischerseits im Rahmen der Möglichkeiten alles dafür getan werden sollte, dem Klimawandel, den sicherlich niemand mehr leugnen könne, entgegenzuwirken. Ein Grund für den Klimawandel sei der CO<sub>2</sub>-Eintrag in die Atmosphäre. Da Wissenschaftler davon ausgehen würden, dass der Klimawandel durch nichts so effektiv bekämpft werden könne, als durch Aufforstung, schlage die Verwaltung vor, städtische Flächen zu suchen, die zur Aufforstung genutzt werden könnten. Zudem werde eine solche Aufforstung finanziell gefördert. Letztlich wolle die Verwaltung durch dieses Handeln auch Private dazu animieren, selbst auf privatem Grundeigentum Bäume zu pflanzen. Die Maßnahme solle einen Nachahmungseffekt haben. Alle Beteiligten sollten gemeinsam versuchen, dem Klimawandel durch Maßnahmen entgegenzuwirken.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet um Auskunft, warum die Verwaltung sich vom Stadtrat beauftragen lasse, was eigentlich Kernaufgabe der Verwaltung sei, und zwar die sinnvolle und zeitgemäße Entwicklung städtischer Flächen. Als seine Fraktion seinerzeit einen Antrag für ein Glyphosat-Verbot auf städtischen Flächen eingereicht habe, habe die Verwaltung argumentiert, dass dies aufgrund der Pachtverhältnisse nicht umsetzbar sei. Eine Aufforstung, z.B. von Wiesen- oder Ackerflächen, die von Personen genutzt würden, sei eine wesentlich deutlichere Einschränkung, da dadurch die bisherige Nutzung ausgeschlossen werde. Ferner fragt Grünen-Fraktionssprecher Borger an, ob die Planung in Eigenregie erfolgen solle – falls ja, durch wen – oder ob ein Gutachter/Externer beauftragt werden solle. Die Art und Weise, wie vorhandene Wälder bewirtschaftet werden, hätte einen wesentlich höheren Beitrag als CO<sub>2</sub>-Senker als die künstliche Bewaldung. Die Studie, die in der Vorlage erwähnt sei, sei mittlerweile wissenschaftlich zerrissen worden. Wenn ein Bereich neu bewaldet werde, brauche dieser 30 bis 60 Jahre, bis er in der Lage sei, die CO<sub>2</sub>-Bindung zu vollziehen. Die Grünen-Fraktion begrüße dieses Vorhaben grundsätzlich. Eine letztendliche Entscheidung erfolge dann, wenn Details des Vorhabens bekannt seien. Die Grünen-Fraktion stelle fest, dass die aktuelle Form der Waldbewirtschaft nach wie vor einen erheblichen Beitrag leisten könnte, weitere Effekte für Klimaschutz, Biodiversität und Erholung zu generieren. Die Grünen würden deutliche Korrekturen erwarten. Ferner erinnert Grünen-Fraktionssprecher Borger an den Antrag seiner Fraktion im Hinblick auf ein Durchgrünungskonzept für die Stadt und die Stadtteile. Man dürfe bei allen Bemühungen betreffend des Klimawandels nicht vergessen, dass man es nicht nur mit der allgemeinen Erhitzung zu tun habe, sondern dass insbesondere Städteinnenlagen und Dörfer in Zukunft massiv unter Druck geraten würden. Deshalb erkenne seine Fraktion überall erhebliches Potential, unsere Städte-/Siedlungsräume mit Hochgrün zu verstärken. Von daher schlage er vor, das Projekt „Aufforstung“ unter ein gesamtes Projekt, in dem auch das Durchgrünungskonzept integriert werde, zu stellen, bei dem es darum gehe, Lebensqualität zu verbinden mit dem Thema „Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Senkung“. Dies sei Ansinnen der Grünen-Fraktion.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Grünen-Fraktionssprecher Borger an der Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung am 3.9.2019 teilgenommen und der Vorlage auch zugestimmt habe. Vor diesem Hintergrund sei die Eingangsbemerkung von Grünen-Sprecher Borger nicht nachvollziehbar. Sofern der Punkt in der heutigen Sitzung nicht hätte beraten werden sollen, hätte Herr Borger dies in der Ausschusssitzung ansprechen können. Die Verwaltung wolle durch den heutigen Beschluss ein Zeichen nach außen geben. Aus diesem Grunde wäre es schön, so der Bürgermeister, wenn viele - möglichst alle – zustimmen würden.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler bewertet den Vorschlag der Verwaltung als richtigen Weg. Viele Maßnahmen müssten ergriffen werden, um notwendige Ziele zu erreichen. Man könne mit Blick auf den städtischen Forst eine gute Bewirtschaftung feststellen. Vor einiger Zeit habe ein externer Gutachter bestätigt, dass der städtische Forst gut aufgestellt sei. Deshalb sei es schade, dass auf anderen Kanälen das Gegenteil suggeriert werde. Der Wald diene nicht nur der CO<sub>2</sub>-Reduktion, sondern allen Menschen als Schutz- und Erholungsfunktion. Sofern neue Flächen entwickelt und aufgebaut würden, müssten auch Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Es gehe letztendlich um die Zukunft unserer Kinder. Wenn es darüber hinaus gelinge, Externe mit ins Boot zu holen, die als Nachahmer ebenfalls aufforsten würden, sei das Ziel erreicht. Maßnahmen zum Klimaschutz ergreife die Kreisstadt Merzig nicht erst seit gestern. So habe die Stadt bereits einige Dinge auf den Weg gebracht. Das heutige Projekt sei ein weiterer wichtiger Schritt. Von daher stimme die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage zu.

Erster Beigeordneter Ernst erklärt mit Blick auf den Hinweis von Grünen-Fraktionssprecher Borger, dass das Glyphosat-Verbot in den städtischen Verträgen aufgenommen sei.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erinnert nochmals an den seinerzeitigen Antrag. Damals sei Gegenstand der Diskussion gewesen, dass man im Hinblick auf bestehende Verträge

den Bewirtschaftern nicht einfach ein solches Verbot auferlegen könne. Der Antrag sei trotzdem durchgegangen. Damals habe es geheißen, dass alle Flächen verpachtet seien. Wenn man nunmehr solche Flächen auswähle, um dort eine Aufforstung durchzuführen, bestehe nach Auffassung von Grünen-Fraktionssprecher Borger das gleiche oder ein noch gravierenderes Problem, da es dann nicht nur um eine Änderung der Nutzung, sondern um eine Komplettänderung – nicht mehr Wiese oder Acker, sondern Wald – gehe.

Stadtverordneter Oehm (SPD) führt aus, dass die anvisierte Aufforstung für die SPD-Fraktion ein guter Anfang sei. Dass die Kreisstadt Merzig als größter kommunaler Waldbesitzer weitere Maßnahmen ergreifen und Vorbild für Bürger und andere Landbesitzer sein wolle, begrüße er. Vielleicht gebe es in einigen Jahren andere Technologien; so solle Skandinavien bereits so weit sein, CO<sub>2</sub> aus der Luft zu saugen und im Boden einzuspeichern. Die Stadt solle jetzt und heute überlegen, was sie tun könne und dies forcieren. Auch in Bezug auf den Klimaschutzmanager erachte es die SPD-Fraktion als guten Anfang. Der vom Mensch gemachte Klimawandel müsse auch vom Menschen bekämpft werden. Dies sei eine Forderung der Vernunft und des Menschenverstands. Deshalb unterstütze die SPD sowohl die Aufforstung als auch die Einstellung eines Klimaschutzmanagers. Klimaschutz sei wichtig und dazu stehe die SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtverordnete Spanier (LINKE) erklärt, dass sie im Grundsatz den Vorschlag der Verwaltung unterstütze. Sie bitte die Verwaltung, darüber nachzudenken, auf welche Art und Weise aufgeforstet werden solle. Im Zuge der Waldbrände diesen Sommer habe sie viele Interviews mit Förstern gelesen. Es scheine für sie einen großen Unterschied zu geben, wie aufgeforstet und auf welche Art und Weise später bewirtschaftet werde – naturbelassen oder unter wirtschaftlichen Aspekten. Sie bitte die Verwaltung darum, von Beginn an mitzuplanen, auf welche Art und Weise aufgeforstet werden solle.

Bürgermeister Hoffeld erklärt, dass die Verwaltung definitiv mit Laubbäumen arbeiten wolle, und sagt zu, darüber nochmals zu informieren.

Stadtratsmitglied Schuh (FWM) erklärt im Namen der FWM-Fraktion sowie von Ratsmitglied Thomaser (FDP), dass die Vorlage der Verwaltung begrüßt werde. Insofern werde man ihr zustimmen.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat erteilt der Verwaltung den Auftrag zu prüfen, ob städtische Flächen verfügbar sind, die sich für Aufforstungsmaßnahmen eignen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	0

---

## **16 Kommunalen Klimaschutz / Klimaschutzmanager/in**

**2019/177**  
ungeändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger spricht von einem Herzensanliegen seiner Fraktion. Die Grünen hätten seit 2008 entsprechende Initiativen gestartet. 2012 sei die Einstellung eines Klimaschutzmanagers im Stadtrat abgelehnt worden. Er verliest Ausführungen der CDU-Fraktion aus der damaligen Sitzung. Demnach sei die Frage des Klimaschutzes ein komplexes und vielfältiges Thema. Hier sei die Einstellung nur einer Fachkraft nicht ausreichend.

Weiterhin bezweifele die CDU-Fraktion, dass dies einem Mitarbeiter der Verwaltung übertragen werden könne. Damals, so Grünen-Fraktionssprecher Borger, habe es die Idee gegeben, dass jemand vom städtischen Umweltamt dieses Thema nebenbei mitmachen solle. Grünen-Sprecher Borger zitiert weiter aus der damaligen Sitzung. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe die CDU-Fraktion keine Möglichkeit, der Einstellung eines Klimaschutzmanagers zuzustimmen, da dieses Aufgabengebiet nicht von einer einzelnen Fachkraft betreut werden könne.

Die Grünen-Fraktion, so Fraktionssprecher Borger weiter, unterstütze die Vorlage der Verwaltung, da sie durchaus der Meinung sei, dass eine fachkundige Person dieses Instrument sehr gut nützen könne, um Klimaschutzinitiativen voranzubringen. Er hoffe, dass die CDU-Fraktion heute ebenfalls zustimme und nicht nach dem Motto dagegen stimme, dass eine Person für den Klimaschutz nicht ausreiche.

Ratsmitglied Leistenschneider (AfD) erklärt, in der Einstellung eines Klimaschutzmanagers keinen Sinn zu sehen.

### **Beschluss:**

Die Einstellung eines/er Klimaschutzmanagers/in wird beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	2	0

---

## **17 Resolution zum Thema "Klimanotstand"; Antrag der Grünen-Fraktion vom 28.08.2019**

**2019/196**  
verwiesen

Grünen-Fraktionssprecher Borger begründet den Antrag. Der Antrag stelle im Endeffekt die übergeordnete Arbeitsanleitung des Klimaschutzmanagers dar und sei somit eine rein verwaltungsinterne Sache. Auch die soeben beschlossene Aufforstung sei ein Bestandteil dieser Klimaschutzinitiative. Deswegen gehe es bei diesem Antrag darum, dass die Verwaltung dem Thema „Klimaschutz“ eine besondere Aufmerksamkeit schenke. Saarbrücken und Trier hätten diese Initiative unterstützt, bei der die Verwaltung nicht eingeschränkt, sondern begleitet werde. Es liege an der Verwaltung selbst, ob sie diese Resolution mit Leben erfülle oder nicht. Die Grünen-Fraktion sei der Auffassung, dass dies ein geeignetes Mittel sei, um Zeichen zu setzen, dass nicht nur kleinere Dinge beschlossen werden, sondern alles unter einen größeren Kontext gestellt werde. Mit den beiden vorgenannten Beschlüssen, die die Grünen ausdrücklich mitgetragen hätten, bitte seine Fraktion um Zustimmung, damit Merzig auch an dieser Stelle ein Zeichen setze.

SPD-Fraktionssprecher Klein stellt im Namen seiner Fraktion einen Vertagungsantrag. Das Thema solle in den zuständigen Ausschuss für Klima und Umwelt verwiesen werden. Dieser Fachausschuss sei dazu da, um diese Sach- und Fachthemen umfassend zu bearbeiten. Dort solle aufgezeigt und erarbeitet werden, welche zusätzlichen Beiträge die Kreisstadt Merzig im Klima- und Umweltschutz leisten könne. Das Thema sei zu wichtig und ernst, um ohne jegliche Vorbereitung eine Resolution zu verabschieden und ohne jeder Fraktion die Gelegenheit zu geben, dieses wichtige Thema umfassend zu beraten. Die SPD-Fraktion wolle nicht ohne Not, einen Notstand in Merzig ausrufen.

Der Stadtrat beschließt über den Vertagungsantrag. Die Mitglieder stimmen der Vertagung des TOP's in den Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung mit 31 Ja- und 5 Nein-Stimmen zu.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler begründet, warum die CDU-Fraktion dem Vertagungsantrag zugestimmt habe. Auch der CDU sei das Thema ein wichtiges Anliegen. Bei den vorangegangenen Wortbeiträgen sei zudem zum Ausdruck gekommen, dass das Thema fraktionsübergreifend aufgenommen werde. Dies solle auch das Ziel sein, fraktionsübergreifend gemeinsam Dinge zu erarbeiten. Ähnlich wie SPD-Fraktionssprecher Klein sehe er noch bei einigen Punkten Klärungsbedarf. Von daher sei eine Vertagung des Punktes in den zuständigen Fachausschuss wichtig und richtig. Er gehe davon aus, dass dann gemeinsam eine Resolution oder ähnliches verabschiedet werde.

Grünen-Fraktionssprecher Borger spricht von einem bekannten Ritual. Wenn man etwas nicht wolle, dann vertage man das Thema. Er könne an dieser Stelle zahlreiche Themen benennen – von Baumschutzsatzung über Durchgrünungskonzept - die vertagt worden seien und bei denen sich nichts mehr bewege. Dies sei mit Blick auf bestehende Mehrheiten natürlich legitim. Eine Vertagung höre sich besser an als Ablehnung. Im Endeffekt gehe es beim vorliegenden Antrag um eine Selbstbindung der Verwaltung. Die gesellschaftliche Entwicklung spiele gegen die Vertagung, die letztendlich niemanden weiterbringe. Man müsse jetzt handeln.

Bürgermeister Hoffeld führt aus, dass der Antrag eine gute Grundlage für eine Diskussion sei. Zusammen mit den Vorschlägen, die aus den anderen Fraktionen sowie der Verwaltung kommen, wolle man diesen in der nächsten Fachausschusssitzung thematisieren. Die unter TOP 15 und 16 gefassten Beschlüsse hätten gezeigt, dass im Rat die Zeichen der Zeit erkannt worden seien und man mit großer Mehrheit an einem Strang ziehe, um dem Klimawandel zu begegnen.

**Beschluss:** Der Tagesordnungspunkt wird in den Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	5	0

---

## **18 Festsetzung eines Verkaufspreises für Baugrundstücke**

**2019/173**

ungeändert beschlossen

Stadtverordneter Schuh (FWM) kündigt an, dem Verkaufspreis zuzustimmen, allerdings mit gemischten Gefühlen, da er diesen Preis von 115 €/m<sup>2</sup> für sehr hoch halte. 1976 habe er ein städtisches Grundstück zu einem erheblich niedrigeren Preis erworben. Damals sei argumentiert worden, die Stadt habe die Aufgabe, preisgünstige Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen. Er glaube nicht, dass man grundsätzlich von diesem Gedanken abgekommen sei. Er gebe zu bedenken, dass der vorgesehene Preis sehr hoch sei. Man solle sich seiner Ansicht nach nicht an Preisen orientieren, die von privaten Grundstücksverkäufern verlangt werden. Er sehe einen direkten Zusammenhang zwischen den hohen Grundstückspreisen und dem niedrigen Zinsniveau.

Bürgermeister Hoffeld gibt zu bedenken, dass sich in der Zeit seit Erwerb des Grundstücks durch Ratsmitglied Schuh (FWM) die Rahmenbedingungen geändert hätten. Im Vergleich zu privaten Grundstücken seien die städtischen nach wie vor relativ günstig. Erstmals werde im Hinblick auf das vom Stadtrat beschlossene „Second-Hand-Bauland“ ein Zuschlag von 10 €/m<sup>2</sup> erhoben.

#### **Beschluss:**

Es wird ein Kaufpreis in Höhe von 115 €/m<sup>2</sup> zuzüglich der Grundstücksanschlusskosten und des Kanalbaubeitrages festgesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35		1

---

## **19 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Der Vorsitzende informiert, dass die Verwaltung alle Eigentümer von unbebauten Grundstücken in den letzten Wochen angeschrieben habe. Einige private Eigentümer hätten bereits Rückmeldung gegeben, dass sie bereit seien, ihre Grundstücke zu verkaufen. Ab der kommenden Woche wolle die Verwaltung diese Grundstücke im Internet anbieten.

Bürgermeister Hoffeld bittet die Fraktionen der Grünen, der LINKEN und der AfD darum, ihre Vertreter für die Arbeitsgruppen zu benennen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger fragt mit Blick auf die aktuelle Baumaßnahme in Hilbringen, warum die Stadtverwaltung nicht im Vorfeld die Gewerbetreibenden informiert habe. Es habe zwar im Amtsblatt eine Veröffentlichung gegeben. Nichts desto trotz existiere seiner Ansicht nach eine Regelung, wonach in solchen Fällen mit den jeweiligen Anliegern Kontakt aufgenommen werde.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass die Verwaltung die Gewerbetreibenden zum Gespräch ins Rathaus eingeladen habe. In diesem Zusammenhang seien auch einige Wünsche (Verlegung von Baustellen, zeitliche Anpassungen) umgesetzt worden. Ressortleiter Schreiner ergänzt, dass es eine Einweisung zur Baustelle gegeben habe, an der verschiedene Gewerbetreibenden teilgenommen hätten. Zudem seien auf Nachfrage von Gewerbebetrieben weitere Informationen erteilt worden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erinnert an die Anfrage seiner Fraktion bezüglich der Sanierung des Blättelbornweiher. Vor mittlerweile eineinhalb Jahren sei seitens der Verwaltung angekündigt worden, dass diese zeitnah erfolge. Da die Anfrage schriftlich vorliege, gehe er davon aus, dass er zu diesem Thema noch eine Antwort erhalte.

Erster Beigeordneter Ernst erklärt, dass mehrere Verfahren untersucht und mit Kosten belegt worden seien. Man befinde sich derzeit in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz und werde über das Ergebnis informieren.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erinnert an seine Anfrage zum Thema „Landesgartenschau“. In der Saarbrücker Zeitung sei von einem Konzept die Rede gewesen, das der Lan-

desregierung und den Landtagsabgeordneten vorgestellt worden sei. Er habe ebenfalls Interesse an diesem Konzept.

Wie Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, wolle seine Fraktion eine aufwändige Sitzbank mit Tisch im Wert von 700 € für den Stadtpark spenden. Die Bank stehe verladefertig bereit. Von daher würde er sich über eine Antwort der Verwaltung freuen. Seine Fraktion könne sich nicht vorstellen, dass dieses Ansinnen abgelehnt werde.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet hinsichtlich des Mitfahrerparkplatzes an der Querspanne Besseringen gegenüber Assist um Auskunft, ob die Bahntrasse sich schon im Eigentum der Stadt befinde und ob diese entwidmet sei. Ferner fragt er an, warum man diese nicht liegen gelassen habe, da es durchaus sein könne, dass in fünf oder zehn Jahren ein Bahnanschluss im Gewerbegebiet benötigt werde. Aus seiner Sicht hätte der Mitfahrerparkplatz auch angelegt werden können, ohne den gesamten Bahnkörper zurückzubauen.

Fachbereitsleiter Bies verweist auf eine diesbezügliche E-Mail-Antwort an Herrn Borger. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sei auch die Bahn gehört worden. Das Gleis sei deshalb zurückgebaut worden, da es schlichtweg kein Ziel mehr gehabt habe. Das Hauptziel sei die Firma Deuba gewesen, die keinen Bedarf angemeldet habe. Im Übrigen seien die Bohlen mittlerweile so stark verwittert gewesen, dass es im Ergebnis sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll gewesen sei, diese nicht mit Asphalt zu überziehen, sondern zu entfernen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger nimmt Bezug auf die im Hauptausschuss gegebenen Informationen zum Thema „Ton- und Bildaufnahmen in öffentlichen Stadtratssitzungen“. Diesbezüglich verweise er auf ein Urteil des OVG Saarlouis aus dem Jahr 2010. Darin sei festgehalten, dass derartige Aufnahmen zulässig seien und ein Mandatsträger keinen Anspruch darauf habe, diese abzulehnen. Er bitte darum, dieses Urteil zu lesen; das Thema sei sicherlich noch Gegenstand einer Sitzung.

Stellv. Geschäftsbereichsleiter Thomas Klein stellt klar, dass das von Herrn Borger angegebene Urteil der Verwaltung bekannt sei. Es habe im Hauptausschuss keine Aussage gegeben, wonach Ton- und Bildaufnahmen in jedem Fall unzulässig wären. Er bitte aber an dieser Stelle um Verständnis, dass er seinen mehrminütigen Vortrag zu diesem Thema im Hauptausschuss heute nicht in wenigen Sätzen zusammenfassen könne. Einzelheiten könnten der Niederschrift über die Hauptausschusssitzung vom 12.09.2019 entnommen werden.

Stadtverordneter Görden (CDU) spricht den kombinierten Rad- und Gehweg von Hilbringen nach Fitten an. Aufgrund einer Anfrage sei mitgeteilt worden, dass die Fläche nicht breit genug sei, um als kombinierter Rad- und Gehweg betrieben werden zu können. Im Anschluss sei die Beschilderung abgebaut worden und man habe versäumt, den Ortsrat darüber zu informieren. Der Ortsrat Fitten werde sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Thema befassen. Er bitte zu prüfen, ob es eine andere Möglichkeit gebe, auf dem Gehweg das Radfahren zu erlauben. Der Ortsrat erwarte an dieser Stelle einen Vorschlag.

Darüber hinaus regt Ratsmitglied Görden (CDU) an, auf dem Parkplatz neben der Stadthalle ein oder zwei Parkplätze für Kunden, die Tickets für Veranstaltungen im Kulturbüro kaufen, auszuweisen, auf denen diese für kurze Zeit parken könnten, ohne ein Tagesticket lösen zu müssen, da das Überqueren der Straße vom Parkplatz gegenüber der Stadthalle an dieser Stelle gefährlich sei.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Ratsmitglied Görden (CDU) zum Geh- und Radweg. Das blaue Schild, das dort aufgestellt gewesen sei, bedeute, dass Radfahrer und Fußgänger verpflichtet seien, diesen Weg zu benutzen. Mit Blick auf die dort vorherrschende Situation habe er der Stadt empfohlen, dieses Schild zu entfernen. Nuncmehr seien Radfahrer berechtigt, über die Straße zu fahren.

Ratsmitglied Schuh (FWM) vertritt die Meinung, dass der Geh- und Radweg so gestaltet werden sollte, dass er auch entsprechend genutzt werden könne. Auf der einen Seite seien vor Jahren viele Bäume gepflanzt worden, die man heute nicht mehr entfernen wollen. Diese Bäume würden für den Autofahrer eine potentielle Gefahr darstellen. Hier sollte man sich seiner Auffassung nach Gedanken machen, wie man mit dieser Situation umgehe.

Ratsmitglied Spanier (LINKE) weist darauf hin, dass die Poller im Bereich der neugestalteten Promenade zum Stadtpark so eng stünden, dass sie mit ihrem Fahrrad mit Anhänger nicht durchfahren könne. Sie bitte die Verwaltung zu prüfen, in welcher Form Radfahrer – ggfls. mit Anhänger – auf diese Promenade auffahren sollen. Ferner hätte sie sich in diesem Bereich einen abflachenden Bordstein gewünscht.